

HAUT AM JOURNAL

PANORAMA



Die doppelte Adriana
Das Topmodel gibt es nun auch ich Wachs
Seite 07

POLITIK



Décortiqué
Le CES explique le paysage fiscal luxembourgeois
Page 11

KULTUR



Göttliche Miss M
Entertainerin Bette Midler wird heute 70
Seite 16

UECHTER D'LAND



Andere beschenken
Eintrittskarten für „Knuedler on Ice“ verschenkt
Seite 19

WIRTSCHAFT



Entreprises 2.0.
Les réseaux sociaux attirent aussi les sociétés
Page 27

LIFE & STYLE



Le prêt-à-manger à la cote
La Provençale présente ses nouveautés
Page 30

Service Seite 08 / ZOOM Seite 24 / Horoskop Seite 31 / People Seite 32

KONTAKT
Abo-Hotline: + 352 265 333-1
Inserate: E-Mail annonces@journal.lu, Telefon + 352 265 333-1,
Adresse Résidence De Beauvoir, 51, rue de Strasbourg,
L-1021 Luxembourg
Geschäftszeitenregie: Espace Médias s. a.,
Telefon + 352 44 44 33-1, contact@espace-medias.lu,
www.espace-medias.lu
Redaktion: journal@journal.lu

IMPRESSUM
Herausgeber: Editions Lëtzebuergger Journal s. a. Luxembourg
Direktor & Chefredakteur: Claude Karger
Druck: Editpress Luxembourg s. a.

Einzelverkauf: 1,40 Euro

EDITORIAL

Schwieriger Spagat

„Le Gouvernement procèdera à une réforme fiscale qui devra répondre aux critères de la prévisibilité et stabilité en matière fiscale, de la compétitivité du Luxembourg en matière fiscale, tant au niveau des sociétés qu'au niveau des personnes physiques, de la pérennisation des emplois et de l'équité sociale s'assurant une contribution équitable au financement des dépenses publiques des différentes catégories de contribuables et de revenus“. So heißt es ambitionierterweise im Regierungsprogramm von Anfang Dezember 2013. Zum 1. Januar 2017 soll die grundlegende Reform in Kraft sein, die diese Legislaturperiode prägen wird, da sie einen tiefen Einfluss auf die soziale und wirtschaftliche Lage im Land haben wird und natürlich auf die Staatsfinanzen. Um das hochkomplexe Dossier fristgerecht durch alle Instanzen zu bringen, müssten also spätestens zum Jahresanfang die entsprechenden Gesetzentwürfe vorliegen.

Die Regierung hält sich bislang in dieser höchst politischen Akte, in der es nicht zuletzt koalitionsintern alle Reformvorstellungen zusammen zu bringen gilt, noch sehr bedeckt, hat sich bislang nur mit Aussagen vorgegagt, dass sie den „Mittelstandsbuckel“ abflachen - sprich die mittleren Einkommenschichten, die proportional am meisten Steuern zahlen - entlasten will und den Unternehmensteuersatz absenken möchte. Ob es am Ende bis zu 500 Millionen Euro an Erleichterungen für Haushalte und Betriebe geben wird, wie Radio 100,7 vergangene Woche in Berufung auf Regierungskreise meldete? Natürlich würde das von allen Seiten begrüßt. Ob es aber der große Wurf nach den im Regierungsprogramm fest gelegten Kriterien wird und dieser gleichzei-

tig die notwendige Haushaltskonsolidierung nicht vom Kurs abbringt, bleibt abzuwarten.

Der Druck auf die Regierung in dieser Angelegenheit wird in nächster Zeit auf jeden Fall deutlich zunehmen. Durch die eigenen Ambitionen und den engen Zeitplan, durch die Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, deren Ansichten in punkto Betriebsbesteuerung weit auseinander liegen, wie etwa die gestern veröffentlichte Analyse des Wirtschafts- und Sozialrats zur Steuerlandschaft aufzeigt. Während die Gewerkschaftsvertreter durch eine Absenkung dieser Besteuerung eine Verschärfung der Steuerungerechtigkeit befürchten, hält die Patronatsseite eine solche für unerlässlich in einem internationalen Steuerumfeld, in dem mehr Transparenz und die Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen den Wettbewerb bei den Steuersätzen verschärft hat. Die hochinteressante Analyse des WSR zeigt übrigens, wie fragil viele Steuereinnahmen sind.

Wie schnell „Nischen“ verschwinden können, haben wir ja in den letzten Jahren erlebt. Dass nur eine Handvoll Betriebe das Gros der Körperschaftsteuer bestreiten, dürfte weniger bekannt sein, ebenso wie der Umstand, dass nur fünf Prozent der Haushalte die Hälfte der Lohnsteuer zahlen. Die Fakten, die der WSR hier im Konsens zusammen getragen hat - darunter auch die Feststellung, dass die Steuerbehörden denkbar schlecht gerüstet sind für den Kampf gegen Steuerhinterziehung - bilden eine sehr wertvolle Grundlage für eine objektive Debatte. Die Entscheidungen aber werden am Ende politische Spagate schwierigster Natur.



CLAUDE KARGER
hegt hohe Erwartungen.

SICHERE PASSWÖRTER

Selbst Schuld

SIMONE MOLITOR

Heutzutage ist fast jeder täglich im Netz unterwegs, um E-Mails zu checken, sich über die Aktualität auf dem Laufenden zu halten oder den wichtigsten Moment des Tages in den sozialen Netzwerken zu teilen. Dass das Internet mit etlichen Gefahren verbunden ist, dürfte mittlerweile jedem bekannt sein, wie man sich vor Viren schützt oder Hackern ihre illegalen Aktivitäten erschwert ebenfalls. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass immer noch - auch wenn der Anteil geringer geworden ist - einige Internetnutzer ein und dasselbe Passwort für sämtliche Applikationen und Konten nutzen: Wie der Statec ermittelte immerhin jeder zehnte Befragte (elf Prozent) im ersten Trimester 2015. Rund ein Drittel macht noch dazu kein Geheimnis aus dem Passwort, beziehungsweise hat es zumindest an eine Person aus dem näheren Umfeld weitergegeben. So haben Hacker natürlich leichtes Spiel. Die jüngeren Nutzer (zwischen 16 und 34 Jahren) sind indes vorsichtiger, wie das statistische Amt ebenfalls herausfand. In diesem Fall können die Älteren also durchaus etwas von den Jüngeren lernen.

Klar ist die Jugend mit dem Internet sowie seinen Gefahren aufgewachsen und deshalb wohl auch geübter im Umgang damit. Trotzdem wird heute derart viel gewarnt, liefern im Fernsehen bereits so viele Reportagen über sichere Passwörter oder Fälle, in denen genau das versäumt wurde, dass man sich eigentlich über diese elf Prozent nur wundern kann. Selbst Schuld, wenn was passiert.

KLIMAKATASTROPHE

Schlammschlacht

CORDELIA CHATON

Während in Paris die Regierungschefs über das Klima diskutieren, läuft in Brasilien ein Paradebeispiel für Korruption, Gier und ein Bündnis zwischen Politik und Konzern, der jegliche Umweltinteressen aushebelt.

Die Rede ist vom Dambruch einer brasilianischen Eisenerzmine in Minas Gerais. Unglaubliche 55 Millionen Kubikmeter toxischen Schlamms bedecken ein Dorf, 13 Leichen, Felder und verseuchen den Rio Doce, eines der wichtigsten Trinkwasserreservoirs des brasilianischen Südostens. Der Unfallverursacher Samarco gehört zu gleichen Teilen dem brasilianischen Eisenerzriesen Vale und dem australisch-britischen BHP Billiton, dem drittgrößten Bergbaukonzern der Welt. Vale hat im für Korruption nur zu gut bekannten Bra-

silien eine enorme Macht. Der Einfluss auf die Bergarbeiter-Region Minas Gerais gilt als sicher. Deshalb wird sich der Konzern angesichts der vom Umweltministerium geforderten fünf Milliarden Euro wenig gestört fühlen. Die handelt er im Hinterzimmer runter - oder zahlt sie aus der Portokasse. Allein im vergangenen Jahr waren von den 2,5 Milliarden Dollar, die Samarco umsetzte, 40 Prozent Gewinn. Jetzt versuchen die Versursacher, Terrain gut zu machen mit der Ankündigung eines Fonds, der Umweltschäden beheben soll. Wie konnte es aber überhaupt so weit kommen? Warum gab es keinen Notfallplan? Wie geht ein Konzern mit Giftschlamm um, der auf seiner Webseite über Umwelt, Klima und seine Verpflichtungen spricht? Die Politik sollte viel klarere Forderungen stellen und gezielt gegen Greenwashing vorgehen.

FLUCHT

Sicherheit

PATRICK VERSALL

Die Baltischen Staaten werden heute von vielen europäischen Touristen besucht. Flüchtlinge, die dort landen, möchten allerdings nur ungerne dort bleiben und versuchen, dass sie schleunigst in ein anderes Land kommen. In Lettland gelandete Flüchtlinge erklärten in einem Gespräch mit einer deutschen Tageszeitung, dass der kleine europäische Staat nicht ihr

„Traumziel“ sei. Stellt sich die Frage, in wie weit Flüchtlinge, die vor Terrortruppen flüchten und in Europa eine Bleibe suchen, Wünsche bezüglich ihres Ziellands haben können. Baltische Staaten sind sicher und können nicht verglichen werden mit Syrien oder dem Irak. Aber das suchen die Flüchtlinge ja: Sicherheit. Wenn dies nicht der Fall wäre, würden sich die Letten, Litauer und Esten aus diesen Ländern verabschieden.